

Begründung des AfD-Antrags zur Demokratieerklärung

Klaus Herrmann, AfD Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Kreistagsvorsitzender, meine Damen und Herren,

Die AfD-Fraktion begrüßt ausdrücklich, dass die Mehrheit des Kreistages den Impuls des AfD-Antrags zur glaubwürdigen Extremismus Bekämpfung aufgegriffen hat und so ihrer staats- und gesellschaftspolitischen Verantwortung weitestgehend gerecht wurde.

Nur weitestgehend deswegen, weil der von CDU und SPD eingebrachte und beschlossene Änderungsantrag einen nicht zu übersehenden „Schönheitsfehler“ aufweist.

Denn bei richtiger Lesart dieser Resolution fällt auf, dass CDU und SPD und offensichtlich auch Grüne, Linke/Piraten, Freie Wähler und FDP – die haben nämlich alle vorbehaltlos diesem Änderungsantrag zugestimmt – den Linksextremismus und andere Formen des Extremismus als nicht so schlimm ansehen.

Anders kann man die Formulierung:

„der Kreistag bekräftigt, dass politische Bildung **gegen extremistisches Gedankengut im Allgemeinen und rechtsextremistisches Gedankengut im Speziellen** in den Bildungseinrichtungen des Wetteraukreises vorangetrieben wird“ nicht verstehen.

Die Ankündigung die verschiedenen Formen des Extremismus Allgemein oder Speziell zu bekämpfen ist nichts anderes als eine Differenzierung von Extremismus in „nicht ganz so schlimm“ und „sehr schlimm“.

Wir von der AfD sagen es hier nochmals klar und deutlich:

Jede Form des Extremismus, egal ob von Links oder Rechts, religiös oder anders motiviert, ist ohne Wenn und Aber abzulehnen. Eine Differenzierung, wie Sie die hier vornehmen, lehnen wir von der AfD ab.

Dass Sie das in der von Ihnen beschlossenen Resolution hier im Kreistag nicht eindeutig getan haben, zeigt einen politischen Relativismus, den insbesondere Linksextremisten wohlwollend zur Kenntnis nehmen werden. Und sie zeigt, wie politisch blind Sie auf dem „linken Auge“ bereits geworden sind. Aber vielleicht wollen Sie auch nur nichts auf dem „linken Auge“ sehen. Glauben Sie mir, dem Bürger bleibt das nicht verborgen.

Die Bürger erwarten natürlich zurecht mehr als Worte. Sie erwarten glaubwürdiges Handeln, insbesondere da die Resolution die Bedeutung der Bildungsarbeit hervorhebt und somit unmittelbar Zugriff auf unsere Kinder genommen werden soll.

Umso wichtiger ist daher, dass diese Bildungsarbeit ausschließlich durch Organisationen und Personen durchgeführt wird, die einwandfrei beleumundet und ihrerseits jeglichen extremistischen Gedankenguts unverdächtig sind.

Ich darf Sie daran erinnern, dass die damalige, hessische Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder (CDU) während ihrer Amtszeit 2009 bis 2013 die Demokratieerklärung auf Bundesebene eingeführt hat. Ihr Inhalt lautet:

„Hiermit bestätigen wir, dass wir

- uns zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennen und
- eine den Zielen des Grundgesetzes förderliche Arbeit gewährleisten.

Dieser Text und seine inhaltlichen Anforderungen sind in keiner Weise zu beanstanden. Dass die große Koalition nicht einmal diesen Minimalkonsens aufrechterhalten konnte, ist ein Skandal, der jedoch an dieser Stelle nicht zu behandeln ist.

Es ist sicher keinem rechtschaffenen Bürger erklärbar, dass die Demokratieerklärung einen ungebührlichen Eingriff in die Tätigkeit einer seriösen Organisation darstellen könnte. Ebenso wenig wäre es erklärbar, dass Personen oder Vereinigungen in Wetterauer Schulen auftreten dürften, die nicht bereit sind dieses Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzugeben.

Personen oder Vereinigungen, welche die Demokratieerklärung nicht bereit sind zu unterschreiben, können sicherlich viel über Extremisten erzählen: Sei es, weil sie selber welche sind, in Kontakt zu solchen stehen oder auch Teil entsprechender Milieus sind.

Sie haben daher an unseren Schulen nichts zu suchen und verdienen keinerlei Unterstützung durch den Wetteraukreis.

Ich hoffe, dass wir uns wenigstens in dieser Angelegenheit einig sind und es nicht erneut zu einer Relativierung des Textes kommt. Im vorliegenden Fall wäre das tatsächlich fatal. Nicht für die AfD, aber ganz sicher für die Parteien hier im Kreistag, die diese Demokratieerklärung ablehnen und damit erkennbar gegen die AfD Politik machen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.